



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Silhouetten aus dem tiroler Landtag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

tanen Klerus Böhmens als Werkzeuge an unter der Bedingung, von diesen in der antideutschen Politik unterstützt zu werden. Sie sprachen jetzt auf einmal von unverjährbaren Rechten der Krone Böhmens, stützten ihre Ansprüche nicht auf die Gleichberechtigung und das nationale Rechtsprincip, sondern auf historische Privilegien. Von dem alten Föderalismus hatten sie nur die Forderung der Centralgewalt angenommen, in allem Uebrigen haben sie sich von den früher proclamirten Grundsätzen losgesagt. Die Czechen von 1866 sind keine föderalistische, sondern eine feudalseparatistische Partei. Daß einzelne der früheren Föderalistenführer auch jetzt wieder an der Spitze dieser neuen Partei stehen, ändert nichts an der Sache. A. S.

Silhouetten aus dem tiroler Landtag.

Einzig in seiner Art, wie das tirolische Protestanten- und Gemeindegesetz, ist auch der Landtag, aus dem sie hervorgingen. Halb Fleisch, halb Fisch, halb Interessen- halb ständische Vertretung, schwankt er schon in seiner Grundlage zwischen jetzt und einst. Er besteht nach der Landesordnung vom 26. Februar 1861 aus den 3 Bischöfen von Salzburg, Trient und Brigen, dem Rector magnificus der innsbrucker Universität, der manchmal auch ein Jesuit ist, und vier von verschiedenen Aebten, Präpsten, einem Erzpriester und dem Landescomthur des deutschen Ordens gewählten kirchlichen Würdenträgern, ferner den Nachfolgern der ehemaligen Adelsbank, wovon sich die jetzigen zehn Abgeordneten des adeligen großen Grundbesitzes nur dadurch unterscheiden, daß zur Wahlbefähigung und Wählbarkeit des tirolischen Adels nicht mehr die Eintragung in die ständische Matrikel, sondern lediglich die Entrichtung einer jährlichen Grundsteuer von 50 fl. erforderlich ist, aus 16 Abgeordneten der Städte, Märkte und Handelskammern, und 34 der übrigen Gemeinden d. i. der Bauern. An den Berathungen des ehemaligen offenen Landtages der alten Verfassung durften auch Aebtissinnen, das Damenstift zu Innsbruck und der Prior der Karthäuser zu Schnals, dann sämmtliche an die Pubertät gelangte Mitglieder einer in die Adelsmatrikel eingetragenen Familie theilnehmen, wovon man auf jenem von 1790 nicht weniger als 550 zählte; einige derselben lebten von Sakaiendiensten. Der große Ausschuß hatte 45, der engere, der sich seit 1728 jährlich versam-

melte, mit Inbegriff der Bischöfe und Domcapitel von Trient und Brixen 29 „Vokalen“. Die erst nach der förmlichen Einführung der Stände mit Tirol vereinigten Städte und Gerichte mußten sich mit einer halben oder viertel Stimme begnügen, d. h. sie durften ihr Stimmrecht nur in jedem zweiten oder vierten Jahre ausüben. Nachdem unter Bayern diese alte ständische Verfassung durch die königliche Verordnung vom 1. Mai 1808 aufgehoben worden, Tirol aber im Jahre 1814 wieder an Oestreich gefallen war, verlieh ihm Kaiser Franz der Erste mit voller Anerkennung der vielfältigen Verdienste und patriotischen Gesinnungen seiner biedern Bewohner aus besonderer Gnade am 24. März 1816 eine neue, zwar mit den früheren 4 Ständen aber ohne ihre alten Rechte. Sie versammelten sich zu den bekannten Postulatenlandtagen von 1817—1848 alljährlich im Frühjahr und gaben durch ihren Knechtsinn und Jesuitismus ein leuchtendes Beispiel.

Aus der guten alten Zeit des 18. Jahrhunderts stammt auch der mit Fresken und Stuckarbeit im reinsten Rococo geschmückte Saal, in dem nun die vorerwähnten 68 Nachfolger der tiroler Stände tagen. Wie in andern derlei Versammlungen sitzt der Landeshauptmann an erhöhter Stelle, rechts von ihm der Regierungsvertreter und weiter hin der jeweilige Berichterstatter über einzelne Angelegenheiten, links die Secretäre, wozu Beamte des Landesauschusses verwendet werden. Diesen gegenüber steigen die Schreibbänke und Stühle der Volksvertreter im Halbkreise stufenweis hinter einander hinauf, nur in der Mitte durch einen engen Gang geschieden. Neben der Linken befinden sich längs der Wand bescheidene Plätze für die Zeitungsredacteurs und rechts oben eine Fensterische für die Stenographen. Die den Zuhörern geöffnete Gallerie vertieft sich wie eine protestantische Emporkirche über dem Haupteingang.

Die vorderste Bankreihe ist ausschließlich den Geistlichen vorbehalten, zu beiden Seiten des Mittelganges nehmen die Fürstbischöfe von Brixen und Trient auf violettrothen Lehnstühlen Platz. Der erstere ist ein hochgewachsener breit-schulteriger Mann von lebhafter Gesichtsfarbe, trägt sich etwas gebückt und erfreut sich eines klaren fließenden Vortrags, wenn dieser auch nicht immer von politischer Bildung zeugt. Sein Genosse im Hirtenamte, jener von Trient, ein Greis mit gebleichten Haaren, von kleinem schwächlichen Körperbau und gefälligen Umgangsformen, machte seine Schule bei der Nunciatur in München und gilt für einen erklärten Freund der Jesuiten, die er — wir erinnern an P. Francos Verhältnis zu dem bei Gelegenheit der Concilsfeier erlassenen trienter Hirtenbrief — in seine Nähe zog und als Rathgeber und Stilisten benutzte. Im letzten Landtage ließ er sich nie vernehmen, stimmte aber in allen Wälschtirol berührenden Fragen mit seinen Landsleuten auf der Linken, während sein nächster Nachbar, der Prior von Gries, einst auch Abt von Muri, ein kleiner Mann, sich stramm zur Rechten hielt und durch einen grobkörnigen Schweizerdialekt an

sein Vorleben erinnerte. Der Erzpriester Strossio von Roveredo, der dritte nach links, bewährte sich in seinen vorigen Landtagssermonen wenigstens als guter Kanzelredner, verbarnte aber diesmal hartnäckig beim Schweigen. Die übrigen Geistlichen zur Rechten ließen ebenfalls wenig von sich hören.

Hinter der „Prälatenbank“ theilt sich auch der Tiroler Landtag mit Verzicht auf seine historischen Erinnerungen und Privilegien in Rechts und Links. Die Rechte zählte in der letzten Session mit Inbegriff der Geistlichen 32 Mitglieder, wovon der stumme Schweiß mit unerschütterlicher Glaubensstreue zur schwarzen Fahne schwur. Am öftesten sprach ihr Chorführer Joseph Greuter, Abgeordneter der Landgemeinden Landeck, Nied und Nauders, auch Religionslehrer am innsbrucker Gymnasium und Redacteur der obsuren „Tiroler Stimmen“, denen von den Liberalen Innsbrucks eine unverdiente Aufmerksamkeit gewidmet wird. Er erhebt sich nie über den Standpunkt eines redseligen, polsternden und schalen Kapuziners, was ihm den Scheltnamen „Phrasenfepf“ zuzog. Finster und grollend blickt er in die Welt hinein, und was er Wig nennt, erntet nur den Beifall der Bierhalle. Durch gewählteren Umgang geschult, spricht einer der beiden Vertreter des Zillertals, Dr. Andreas v. Gredler, der ehemalige wiener Advocat, nun Verwaltungsrath der privilegierten österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe. Seine Jugenderinnerungen und noch mehr die jetzigen Verbindungen, überdies die Stellung seines Sohnes als Jägerhauptmann beherrschen seine politische Haltung. An seiner Seite thront der gewichtige k. k. Oberstaatsanwalt Dr. Haslwanter. Eine stattliche Figur, dickleibig und stämmig, mit einem vollen Gesichte, wie weiland der Vater der Landsknechte Georg von Frundsberg. Durch das tiefgefühlte Bewußtsein der Inspiration von oben und des Schutzes der in Tirol Allvermögenden gehoben, gerirt er sich als Obmann der Rechten. Sein Wort gilt als das letzte und entscheidende, wenn auch der fahle, lendenlahme und langgestreckte Freiherr Ignaz v. Giovanelli ihm oft genug den Vorrang im Stocktirolerthum streitig macht. Dieser ist nach außen und innen ein Jesuit vom Wirbel bis zur Zehe. Ultramontan, feudal, absolutistisch, ein echter Sohn seines Vaters, der die athatolischen Zillertaler vertreiben und die Loyoliten berufen half, ist er päpstlicher als der Papst und kaiserlicher als der Kaiser. Obwohl unermüdet im Schimpf über das „halbgebildete Schreibergefindel, das aus den Zeitungen politische Weisheit schöpft“, holt er die seine doch nur aus dem Leibjournal der czechischen Mätkler, dem „Vaterland“ und reicht trotz allen Dünkels mit seiner Kenntniß nicht eine Hand hoch über den Criminalcodez.

Leider stehen auch einige Herren auf der Linken solchen Anschauungen nicht allzufern, namentlich die Wälschtiroler. Da begegnen wir gleich hinter den Geistlichen dem k. k. Kreisgerichtspräsidenten von Trient Mathias Freiherrn v. Gresseri, einem Manne, der früher in der Glaubensfrage mit den Keger-

richtern stimmte und sein kindliches Vertrauen auf den Hirten der trienter Schäflein auch diesmal zu erkennen gab. Er fürchtet die abschüssigen Wege der Liberalen und sucht voll diplomatischer Klugheit seine Freunde sowohl links als rechts. Sanft, ruhig, und meist kaum vernehmlich fließt seine Rede dahin, gleich dem murmelnden Bach, der plaudert, was sich der Wald erzählt und was da zirpt unten im Gebüsch und zwitschert oben auf den Wipfeln. Nicht weit von ihm sitzt der k. k. Statthaltereirath Ritter v. Sartori, der sich die peinliche Aufgabe stellte, die väterlichen Absichten der Regierung mit ebenso vieler Wärme als die loyale Haltung der Wälschtiroler mit alleiniger Ausnahme einer „kleinen, sehr kleinen Revolutionspartei“ zu vertheidigen. Man sollte ihn nach Trient senden, um dort die Dinge in noch rosigerem Lichte zu sehen. Noch gutmüthiger und jedenfalls ohne Hehl und Hintergedanken scheint uns der Vertreter der innsbrucker Handelskammer, der k. k. Oberlandesgerichtsrath Dr. Leonardi. Wenn er auch tiefe Verehrung vor dem Jesuiten P. Kob an den Tag legte, dürfte dies mehr seinem Bildungsgange und dem Mangel an tieferen Studien, wozu ihm seine Acten nicht Zeit ließen, als seinem durchaus ehrenwerthen Charakter zur Last fallen.

Von den deutschen Liberalen ist zunächst Freiherr v. Ingram zu nennen. Er saß vier Jahre hindurch im österreichischen Reichsrath und machte den meisten Mitgliedern des Hauses gegenüber den wohlthätigen Eindruck, daß er eines freiem Ausblicks über die Landesgrenzen fähig war. Nicht ohne treffende Sarkasmen spricht Dr. Blaas, einer der beiden Abgeordneten der Landeshauptstadt, doch wäre ihm zu wünschen, daß er auch seinem Vortrag mehr Nachdruck verliehe. Dasselbe möchten wir dem Rector magnificus der innsbrucker Universität, Dr. Geyer bemerken, der, ein wahrer Gegensüßler seines Vorgängers, des Jesuiten Wenig, selbst das Concordat zu tadeln sich erlaubte. Als Obmann der liberalen Tafelrunde trat Dr. v. Grebmer, Bürgermeister von Bruneck, auf, ein Mann der selbstbewußten Ruhe und schlagenden Entgegnung, bei dem die birnverbrannten Heißsporne der Rechten Schule machen könnten. Zur Ergänzung des Bildes erwähnen wir noch Dr. Pfreßchner, eine hohe, stämmige Gestalt von echt bojarischer Abkunft, die eigentliche Seele der Opposition, wenn er auch seine Meinung von den unvermeidlichen Ereignissen der nächsten Zeit nicht öffentlich aussprach, und den erst in der jüngsten Session hinzugetretenen Dr. Streiter, Bürgermeister von Bozen.

Der schon vor Eröffnung des letzten Landtags von den Ultramontanen gehegte Plan bezweckte eine offene Erklärung zu Gunsten der Sistirungspolitik, als Anfang der Rückkehr zum Absolutismus. Aehnliches lag den tiroler Reactionären schon beim Beginn der vorletzten Session im Sinne, am Ende der ersten Landtagsperiode schien aber die Aufstellung ihres Ergebnisses um so mehr geboten, als der Föderalismus auch im Geheimbuche des Ministeriums Beust-

Belcredi stand. Die Komödie in Wälschtirol für den Anschluß an Italien lieb die willkommene Handhabe.

Um die dortige Sachlage zu begreifen, ist vor allem zu erwähnen, daß sich Oestreich selbst in vormärzlicher Zeit die Schlangen groß zog. Die schwarzroth-goldene Fahne galt als revolutionär, deutsches Wissen war der Censur verfallen, die Verwälschung willkommen, weil man in Rom und seinen Jesuiten die festeste Stütze des Reiches sah. Die Schüler der Bildungsanstalten in Trient wurden sorgsam gewarnt vor dem erschrecklichen Systeme Kants, im Norden thronte nur die Irrlehre, dagegen war es ihnen gestattet sich am Tyrannenbasse Alfieri's und seiner Epigonen zu begeistern, für sie gab es nur eine wälsche Literatur, denn auch ihre Lehrer kannten keine andere und waren fast ausnahmslos Geistliche. Die Folgen davon zeigten sich gleich bei der ersten Gelegenheit. Im frankfurter Parlamente begehrt die Wälschtiroler nur die Ausscheidung ihrer Heimath aus Deutschland, und so oft es sich seither um die Theilnahme am tiroler Landtag handelte, erhoben sie sich mit leidenschaftlicher Opposition, bloß ein paar Thäler hielten noch zu Deutschtirol. Gute Freunde und Landsleute in Wien erwirkten anfangs der fünfziger Jahre die Errichtung eigener zweiter Instanzen für administrative und justizielle Angelegenheiten in Trient, dies schien aber noch viel zu wenig: man wollte ein abgesondertes Kronland. Kurz nachher setzten die Klase vom 31. December 1851 dem allen ein Ziel, und als endlich auch der bachsche Absolutismus der Februarverfassung weichen mußte, klagte man noch über diese und berief sich auf das Beispiel Vorarlbergs, dem freilich nur zur Ausscheidung allzufreier Elemente aus dem frommen Tirol ein eigener Landtag vergönnt war. Schritt für Schritt wollte man sich loswinden vom unerträglichen Joche der Deutschen, durch unausgesetzten Widerstand zeigen, daß Wälschtirol der großen Mutter Italia angehöre und das Band mit Oestreich zerrissen habe. Mitten im Frieden, tollkühn und hoffnungslos trat der Versuch eines Putsches auf, dem man selbst jenseits des Mincio wenigstens anscheinend die Hilfe versagte, und zur Zeit der Concilsfeier wurden Petarden eingeschmuggelt, deren Schrecken nur die mit brennenden Lunten durch Trient geführten Kanonen abwandten. Diesen Thatsachen und der Furcht vor ähnlichen, welche die in der Bischofsstadt eingesezte höhere Polizeibehörde bewies, hielten nun dynastische Wohlthäter die freiwillige Stellung zur Landesvertheidigung am Ende des letzten Krieges und die kurz nachher aufgetauchten Loyalitätsadressen einzelner Gemeinden entgegen. Wie viel an der ersteren das lockende Handgeld, an letzterer aber der unermüdlche Eifer des Polizeichefs Antheil hatten, zeigte schon ein früherer Aufsatz dieser Blätter,*) und wenn nun beide von den Ultramontanen als Beweis angeführt werden, daß die Bevölkerung Wälschtirols nur

*) S. „Der Krieg in Tirol“ im 42. Hefte der „Grenzboten“ von 1866.

von einer „kleinen“ Partei terrorisirt wird, erscheint dies nur als ein Mittel zu anderen Zwecken. Am 12. November vorigen Jahres erließ das Nationalcomité in Trient einen Aufruf an die Bevölkerung des alten Fürstenthums, worin es gestützt auf das Versprechen von erlauchten Lippen die baldige Vereinigung mit dem Königreich Italien verheißt und zur würdigen Haltung nationalen Widerstands ermuntert. Ihm folgte am 18. December vorigen Jahres ein zweiter, der die Behauptung, als bestände das Comité nur aus Flüchtlingen im Auslande, Lügen strafte, und den Trientern Muth zuruft. Diese Brandzettel befinden sich in aller Händen, jedermann kennt ihre Urheber, aber weder die Staatsanwaltschaft noch ein Gericht wagt sie anzutasten; Klugheit und silles Einverständnis der ganzen Bevölkerung schützen sie vor Verfolgung.

Wie leuchtend mußte sich nicht die reine Flamme ultramontaner Loyalität abheben von dem nächtlichen Schatten des Abfalls, der auf Wälschtirol lastete? Kaum war der Landtag am 19. November vorigen Jahres eröffnet, als schon am folgenden Tage von mehren hauptsächlich der klerikal-feudalen Partei angehörigen Abgeordneten eine Interpellation an die Regierung eingebracht wurde, ob die Gerüchte von der Abtretung Wälschtirols an Italien begründet seien, und wo nicht, ob sie entschlossen sei, der dortigen Agitation mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Neuen Anlaß sich gegen „die herrschende Partei in Südtirol“ auszulassen gab in der nächsten Sitzung vom 24. November ein Antrag des Landesauschusses, wornach die schon seit Jahren verschleppte Verhandlung über die Abänderung der Landes- und Landtagswahlordnung zu Gunsten der Wälschtiroler auch noch weiter vertagt werden sollte. Der innsbrucker Religionsprofessor Greuter, der sich bei dieser Frage in der vorletzten Session auf die Seite der Wälschen gestellt, erklärte sich nun mit einem Male gegen sie, und betonte ihre hochverrätherische Gesinnung: „denn die letzte Wahl,“ meinte er, „habe bewiesen, daß die Herren nicht für Innsbruck, ja nicht einmal für Trient wählen wollten, sie wollten für Florenz und Rom wählen, was ihre politische Gesinnung so gut charakterisirt als ihre katholische.“ Die Regierung sollte sich nur dazu hergeben, die Signori wieder päpstlich zu machen, etwa wie weiland Erzherzog Ferdinand, der zartfühlende Gemahl jener Philippine Welser, der die protestantischen Unterinntaler mit ausgesuchten Folterqualen heimsuchte. Trotzdem daß selbst der Bischof von Trient und Erzpriester Strostio gegen die verbissenen Ultras stimmten, ergab sich doch eine Majorität von 23 gegen 22 für ihren Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Der Groll gegen die der weltlichen Macht des Papstes Abtrünnigen steigerte sich aber im Regerrichter Giovanelli zur wahren Wuth, als ihm Tags nachher der Aufruf des trienter Nationalcomités vom 12. November zukam. Ein böshafter Schalk, der wußte, daß man ihm nur das rothe Tuch vors Auge halten durfte,

um seinen Naturtrieb zu entfesseln, hatte es ihm aus Roveredo zugesandt. Zitternd vor Fiebergluth forderte er in der Sitzung vom 26. November gleich nach Verlesung des Einlaufs das Wort zur Einbringung eines Dringlichkeitsantrags, und als ihm dieser vorerst schriftlich vom Landeshauptmann abgeheischt wurde, hörte er gar nicht darauf, sondern versuchte sofort zu sprechen. Erst auf die Unterbrechung durch den Vorsitzenden überreichte er seinen Antrag, welcher Niederlegung eines Comités verlangte, das opportune Mittel zum Schutz der Einheit und Eigenthümlichkeit des Landes berathen solle. Er meinte damit nichts Geringeres als die Verhängung des Belagerungszustandes. Die Motive kamen auf eine Herausforderung der Geistlichkeit hinaus, die durch den Ausruf besudelt sei, und auf eine Mahnung an die Regierungsorgane, die „für die Kraft des Kaiserhauses einzustehen haben“. Offenbar waren diese dem staatsklugen Freiherrn in der Reaction noch immer nicht weit genug gegangen, denn er ließ ihnen von den Herren des Nationalcomités „Schwäche, Halbheit, Feigheit, Charakterlosigkeit, Gesinnungslosigkeit“ vorwerfen, während sie sich vielmehr über die „schreckliche Geißel der Fremdherrschaft“ und „die schlechten Künste einer verkehrten jesuitischen Secte“ beschwerten. Diesen Kunstgriff wiederholte er auch in der nächsten Sitzung, denn seinen Angaben nach war die Regierung selbst bei den Gutgesinnten in Südtirol Ziel des Spottes, weil „sie das nicht wisse, was auf den Dächern erzählt wird“.

An der Debatte, die am 26. November über den giovanellischen Antrag statthatte, theilnahmen nur Wälschtiroler. Alles galt ihnen nur als toller Spuk einer kleinen Partei, der Kern, ja die große Masse der Bevölkerung sei bloß nicht für die „strenge Union mit Innsbruck“, gleichwohl aber entschieden schwarzgelb gesinnt. Selbstverständlich lehrten sich die Hartköpfe auf der Rechten weniger um die politische Rechenkunst als ihre Parole, die Aufstellung des conservativen Wohlfahrtsausschusses wurde von der Mehrheit angenommen und ausgeführt.

Von liberaler Seite wurden nun verschiedene Anträge eingebracht, die im Gegensatz zu den Verehrern des österreichischen Corporalstocks die Hebung des materiellen Wohlstands in Wälschtirol und die Verbindung seiner Interessen mit denen der deutschen Länder bezweckten. Man drang auf die Herstellung einer Eisenbahn von Villach nach Trien, die auch sogleich vom k. k. Handelsministerium zugesichert wurde, und einer ferneren von Innsbruck über den Arlberg nach Bregenz, da beide den Transit der Güter aus dem Orient nach dem Westen durch Tirol vermitteln sollten, auf die Einleitung von Zollerleichterungen für Ausfuhr von Getreide und anderen Objecten des täglichen Bedarfs aus Italien und Einfuhr lebendes Viehes dahin, endlich Herabminderung des Einfuhrzollses für den Wein in die Staaten des deutschen Zollvereins, die auch grade jetzt mit Preußen in Wien berathen werden sollten. Die Ultramontanen

gingen auf alle diese Anträge ein, nur die auch zu Gunsten Wälschtirols vorgeschlagene Beschickung der pariser Ausstellung wollte ihnen nicht behagen, da es doch gar zu abnorm schien, der besseren Ausbildung im Lande Bahn zu brechen. Das Siebenercomité konnte zu keinem Beschlusse kommen, weil dessen Obmann, der k. k. Oberstaatsanwalt Dr. Haslwanger, wegen des projectirten Belagerungszustandes in Wälschtirol vorerst in Wien anfragt. Die Antwort lautete ablehnend, die Machthaber hielten auch schon den Vorschlag von derlei Maßregeln für einen Eingriff in die Executive. Im Grunde ver-schlug es wenig, wenn auch das hochnothpeinliche Rüstzeug versagt war. Die wälschtirolische Frage galt ja nur als Vorwand, um wieder die Herzen swünsche der Alttiroler auszugießen, jenes Bluthverlangen nach der Glaubenseinheit und die Sehnsucht nach der Zwingburg des Feudalismus. Die Mittel zur Wahrung der Einheit und Eigenthümlichkeit des Landes blieben nach wie vor die Hauptsache. Der tirolische Großinquisitor Giovanelli ließ sich daher von seinen Geistesverwandten im Ausschusse die Abfassung einer Adresse an den Kaiser auftragen und gönnte dem Freiherrn v. Gresseri den harmlosen Wahn, jene gefürchteten Gewaltmaßregeln durch die Drohung vereitelt zu haben, daß bei ihrer Anregung der hochwürdigste Fürstbischof von Trient an der Spitze aller Wälschtiroler aus dem Landtage scheiden würde.

Erst nach Zusage günstiger Aufnahme der allerunterthänigsten Bitten des treuen tiroler Landtags wurde das geistlose Machwerk der Adresse am 17. December mit eingebracht und an die Abgeordneten vertheilt; zwei Tage nachher stand die Verhandlung darüber schon auf der Tagesordnung. Außer einigen servilen Phrasen enthielt es zunächst das demüthige Ansuchen, der Kaiser wolle persönlich erklären: „daß die gefürstete Grafschaft Tirol in ihrem gegenwärtigen Bestande in ihrer vollen Integrität für immer ungetheilt erhalten bleibe.“ Daran reihte sich die fernere um Wahrung der „Eigenthümlichkeiten“ des Landes, wozu in erster Reihe „der fromme Glaube, die reine Sitte der Väter und die Wehrkraft des Volkes“ gehörten. Auf diesen beruhe „wesentlich der alttirolische Geist“. In diesem Stile ging es weiter. Sämmtliche Mitglieder der Linken, mit alleiniger Ausnahme des Freiherrn v. Gresseri, waren empört über diesen jesuitischen Fallstrick, der sie der Glaubenseinheit und Sittirungspolitik über-liefern sollte. Siebzehn davon erklärten vor der Abstimmung den Saal zu verlassen und eher ihr Mandat niederzulegen als zur Beschlußfassung, die bei dem numerischen Uebergewicht der Ultramontanen keinem Zweifel unterlag, mit-zuwirken. Nach dem Gesetze stand ihnen frei, sich der Abstimmung zu ent-ziehen, und da zum giltigen Beschlusse nach § 38 der Landesordnung die An-wesenheit von wenigstens 35 Abgeordneten nothwendig und nur deren 52 zugegen waren, war durch den Abgang der 17 der thatsächliche Beweis her-gestellt, daß der Rest nicht, wie die Ultramontanen prahlten, die Mehrheit ver-

trat. Jetzt war es an den Liberalen, von ihrem Muth und ihrer Gesinnungstreue Zeugniß zu geben.

Bei der Verhandlung zeigte Giovanellis breiter und dunkler Vortrag schon wesentliche Abkühlung. Der Executive ins Handwerk zu pfuschen, sei nicht die Meinung, die Adresse selbst besprach der verschämte Junker gar nicht, desto geschwägiger ließ er sich über die ihr angehängten acht Anträge vernehmen, und lobte im Auftrage des Comités sogar die Begütigungsvorschläge seiner friedfertigen Gegner. — Unmittelbar nachher sprach Cresseri, der nichts loyaler fand als die Gesinnung seiner Landsleute, nichts erklärlicher als ihre Mißstimmung über manche vorausgegangene Fehlgriffe, und nur „aus der rücksichtslosen Amalgamirung heterogener Elemente“ die Unzufriedenheit Wälschtirols ableitete. Schließlich begrüßt er mit größter Freude die Anträge des Comités als „den ersten Schritt zur wünschenswerthen Eintracht“.

Von den Liberalen sprach gegen die Adresse zuerst Freiherr v. Ingram, der sie als überflüssig erklärte, sofort aber auf die Zwecke der Sistirungspolitik eintrat. Sie lasse die Landtage nur deshalb fortbestehen, weil sie dem centralen Absolutismus unschädlich sind. Die allgemeinen Angelegenheiten seien die wichtigsten, diese könne man aber unter keiner Bedingung den Landtagen überweisen, daher vermöchten nur Anhänger des Absolutismus ein Patent anzupreisen, das die Reichsverfassung zertrümmere. Ihm folgte Dr. Blaas, der die Thatsache der wirklichen Desorganisation des Reiches durch das Septemberpatent noch weiter ausführte. Es käme ihm vor, als hörte er an einem Sarge hämmern, die Auflösung Oesterreichs sei auf föderalistischem Wege unvermeidlich. Wer wegen des Widerstandes der Ungarn an der Theorie der Rechtsfiction halte, müsse dies auch für Wälschtirol gelten lassen, und demzufolge wäre auch der Landtag nur eine Fiction. Conservativ sei nur das Festhalten an der gegebenen Verfassung, das Gegentheil destructiv. In demselben Sinne sprach Karl v. Riccabona, ein Wälschtiroler. Man suche vergeblich den Grundcharakter der Adresse zu verbergen, der nichts Anderes sei als Berufung auf die Sistirungspolitik.

Nun erhob sich der innsbrucker Religionslehrer Greuter und behauptete, das Manifest vom 20. September 1865 meine es gar nicht so schlimm, als man ihm nachsage. Es enthalte ja die Zusicherung einer verfassungsmäßigen Rechtsgestaltung durch die Mitwirkung der Völker, dies sei nicht der Weg zum Absolutismus. Zu letzterem neige sich vielmehr das Februarstatut „mit seinem ungeheuren Loch des § 13, das so groß ist, daß der ganze Apparat einer absolutistischen Legislative mit grobem und auch mit kleinem Kaliber hindurchziehen kann“. Das Februarpatent habe die Landtage „in die miserable Stellung von Krankenwärtern und Spitalaufsehern gebracht, welche die Aufgabe haben, daß sie bei den Leiden ihres Volkes eben diesem Volke das wiener Tränklein löffelweise einzwängen“. Seine bonmots reizten die Lachmuskeln

der bäuerlichen Abgeordneten, wie sein Vorbild Abraham a Santa Clara die des ebenso feingebildeten Hofadels.

Um so größeren Anstoß gab Rector Meyers Rede: „Wir haben einen un-freien Staat und eine freie Kirche,“ meinte er, „wenn wir einen freien Staat hätten, würde ich auch für eine freie Kirche sein.“ Die Siftirung der Reichsvertretung bringe einen chaotischen Lärm von Völkernstimmen, worin sich jene am lautesten vernehmen ließen, welche am besten thäten, ganz zu schweigen. „Dagegen“ herrscht in den Regierungskanzleien Todtenstille. Man hört die Wanduhr picken, welche andeutet, wie schnell die Zeit in unserem Jahrhundert fortschreitet. Nur in einer Beziehung ist rastlose Thätigkeit, Tag und Nacht nämlich arbeitet die Staatsnotenpresse. Manchmal allerdings wird auch in den Regierungskanzleien sehr viel hin und hergeschrieben, zuletzt öffnet sich das Thor des Regierungspalastes und heraus strömt ein Schauer von Ordenszeichen hernieder auf das Volk. Es wäre gut, wenn der Notendruck uns befreite vom Steuerdrucke, unter dem das ganze Volk seufzt, und die goldenen Kreuze uns das Kreuz leichter machten, welches wir tragen.“

Als Vorleser in der Reihe der Liberalen suchte Dr. Streiter ihren Standpunkt durch einen Vergleich mit dem Programme der Ultramontanen klar zu machen. Diese wollten die Glaubenseinheit, die alten Stände und Postulatenlandtage, jene die Gewissensfreiheit, Ausbildung der Verfassung und Einheit des Reiches. „Was seit dem Siftirungsmanifeste zu Tage trat, ist Zerfahrenheit, Nationalitätenhader, Uneinigkeit. Noch ein solcher Krieg wie der letzte, noch eine solche Schlacht wie die bei Königsgrätz und die Monarchie geht aus ihren Fugen. Aufrichten kann sie nur eine Verfassung, die uns zu freien Bürgern eines freien Staates macht. Politische und religiöse Freiheit leiht uns die Kraft, welche aus dem Bewußtsein großer gemeinsamer Interessen entspringt.“ In einer Reihe solcher Sentenzen, deren Zusammenstellung wohl der Sprecher selbst nicht für eine Rede hielt, die aber das Echo dieses Saales verwundert wiedergab, leitete er die Schlußcadenz der Opposition ein, welche Dr. v. Gröbmer übernommen hatte und mit vollendetem Freimuth zur Wirkung brachte.

Zuletzt ergriff der Bischof Vincenz Gasser von Brigen noch das Wort, um das Siebenercomité gegen die Anschuldigung in Schutz zu nehmen, als habe es die Debatte über die sogenannte Siftirungspolitik herbeiführen wollen, „denn was hat diese mit der wälschtiroloischen Frage zu thun?“ Das klang wie ein reumüthiges Geständniß verfehlter Taktik. Dennoch folgte er der Opposition auf das Schlachtfeld. Das Manifest vom 20. September sei ein Act politischer Nothwendigkeit gewesen, nachdem der Staatsminister Schmierling mit der Erklärung: „Wir können warten“, ohne es zu wollen, angedeutet, daß seine politische Weisheit auf die Reige gehe. Das Februarpatent sei keine einheimische, sondern eine exotische Pflanze, ein zarter Söbling der Staatsstreichsweisheit.

Am Ende hätte es doch nur zu einer Zweitheilung der Verfassung geführt, zu einer cisleithanischen und einer transleithanischen. Es war eben der Weg, den das Ministerium betreten hatte, jener Dualismus, von dem der hochwürdige Herr meinte, es liege ihm ein Hintergedanke zu Grunde, den er nicht weiter besprechen wolle, er habe den Zerfall Oesterreichs zur Voraussetzung. Einen schlimmeren Dienst konnte er dem Ministerium Belcredi wohl kaum erweisen. Fast wie Sattre klang es, als der Mann, der als Vertheidiger der Septemberpolitik aufgestanden war, sich mit den Worten wieder setzte: „Oesterreich wird nicht zerfallen; . . . erwacht erst in den Völkern Europas die Sehnsucht nach dem Frieden wieder, der sich auf Religion und Recht gründet, dann wird und kann es nur Oesterreich sein, welches Europa den Delzweig bringt. Der Weg nach vorwärts konnte somit unmöglich betreten werden,“ fuhr er fort, „man beschloß daher den Weg nach rückwärts einzuschlagen, das ist die große That, die dem 20. September zu Grunde liegt.“ (Nun die Taube Belcredi ist zwar der Arche Noah Europas ohne Wiederkehr entflohen, aber wenn der heutige Zustand des Reiches jenem Vorderzuge der bischöflichen Predigt entspricht, so hat er oder haben wir uns geirrt.)

Nachdem der Antrag des Landeshauptmanns auf Uebergang zur Tagesordnung am Widerstand der Ultramontanen gescheitert war, wurde die Exerzierübung der Liberalen praktisch ausgeführt. Dießmal verließen 16 den Saal — Dr. Presschner hatte sich gleich anfangs zurückgehalten —; am Nachmittag dasselbe Manöver. Dies veranlaßte den Landeshauptmann, auf den 20. früh andere Gegenstände zur Verhandlung anzusetzen. Da aber dem Vernehmen nach ein Antrag der Ultramontanen auf Fortsetzung der Adreßdebatte bevorstand, überreichten die Liberalen noch vor Beginn der Sitzung eine Erklärung, daß sie bei neuerlicher Anregung dieses Gegenstandes die Versammlung zum dritten Male durch ihr Austreten beschlußunfähig machen würden. Die wackern Heger ließen sich dadurch nicht abschrecken, denn kaum war die Tagesordnung verlesen, erhob sich Greuter und verlangte Namens seiner Genossen Fortsetzung der Adreßdebatte selbst auf die Gefahr hin, „daß ihr verfassungsmäßiges Recht hier sistirt werde“. Der ganze ultramontane Schweif stimmte ihm bei, worauf die Liberalen, dießmal neunzehn an der Zahl, ihren Protestationsspaziergang wiederholten. Da mit den 31, die als Kumpf zurückblieben, keine Verhandlung möglich war, erklärte der Landeshauptmann die Sitzung und zugleich die Session für geschlossen. Bestürzt durch die letzten Vorgänge verzichtete er auf den Schlußvortrag und sprach nur den Wunsch aus, daß nach den fürchterlichen Stürmen des letzten Jahres wieder Tage des Friedens und der Ruhe folgen möchten. Auch dem gefühlvollen Fürstbischof von Brigen versagte die Stimme, von tiefstem Kummer überwältigt sank er in den Stuhl zurück und saß daselbst fast noch eine Stunde, nachdem sich alle übrigen lange schon entfernt hatten. —

So endete die erste sechsjährige Wahlperiode des tiroler Landtags mit diesem drastischen Beweise, daß der Fanatismus des ganzen Volkes der Alpen für ultramontane Finsterniß und Knechtung nur jesuitische Täuschung und Lüge ist. Das Ministerium Beust-Belcredi ordnete seither mit dem Patente vom 2. Januar d. J. „zur Ausgleichung widerstreitender Rechtsansprüche in Betreff der verfassungsmäßigen Institutionen des Reiches“ eine außerordentliche Reichsrathversammlung und behufs ihrer Bescheidung Neuwahlen für die cisleithanischen Landtage an, die auf den 11. Februar berufen und vorerst auf die Wahlen zu diesem außerordentlichen Reichsrathe beschränkt sind, es wandte sich an den „opferwilligen“ Sinn der Völker, von denen es erwartet, daß sie „durch starres Festhalten an einem formellen Gesichtspunkte nicht die Lösung der Aufgabe stören würden.“ Sie sollen also selbst die Hand an ihre verbrieften, vom Kaiser selbst verliehenen Rechte legen, und nach dem Muster der Patente vom 31. December 1851 die Bahn brechen zu ihrer Aufhebung. In Tirol unterliegt es keinem Zweifel, daß auch diesmal die Mehrzahl der Gewählten aus Söldlingen der schwarzen Partei bestehen wird, ja man hat sogar dafür gesorgt, daß sich Hilfstruppen aus Wälschtirol einfänden. Was damit gewonnen, ist schwer zu sagen; unter dem Volke kann man hören, daß es lieber bei Bayern oder der Schweiz wäre, und es fehlt auch nicht an solchen, die in abenteuerlicher Analogie der bedrängten Salzburger des vorigen Jahrhunderts nach Preußen blicken. Können Sie im norddeutschen Großstaate sich bessere Verbündete wünschen, als die im Irrgarten des Absolutismus lustwandelnde Cavalierpolitik, welche uns jetzt die Geschichte zubereitet? —

Die Sage vom Mäufethurm.*)

Während das Rheinthal von Basel bis Bingen ein weites secartiges Becken bildet, wandelt es von Bingen an plötzlich seinen Charakter: zwischen steilen Felsenwänden eingezwängt, die nur von engen Schluchten durchbrochen werden, bahnt sich der Fluß mühsam seinen Weg und es bleibt neben ihm kaum für

*) Vgl. besonders Leibnitii annales imperii occid. III, 277; A. v. Gutschmid Kritik der polnischen Urgeschichte (Wien, 1856); Virgil Grohmann, Apollo Smintheus und die Bedeutung der Mäuse (Prag, 1862).